

Martinez Mateo, Marina: *Politik der Repräsentation. Zwischen Formierung und Abbildung*. Wiesbaden: Springer VS 2018. 324 Seiten. [978-3-658-21323-7]

Rezensiert von Leonie Hunter (Goethe-Universität Frankfurt)

Die politische Repräsentation ist in der Krise. Diese Krise scheint so schwerwiegend zu sein, dass ihre Kritik es vermag, unterschiedlichste politische Positionen über Gesinnungs- und Parteigrenzen hinweg auf einen Nenner zu bringen: Während die einen mit der Etablierung lokaler, direktdemokratischer Instrumente gegen die Systemzwänge eines globalisierten Wirtschaftssystems vorgehen wollen, setzen andere auf die Entwicklung einer transnationalen, internetbasierten Demokratie (Stichwort: *Liquid Democracy*), mittels derer auf die Probleme einer fortschreitenden Technokratisierung geantwortet werden soll. Einig ist sich das Gros der Kritikerinnen also darin, dass es Repräsentation so gut es geht zu überwinden und durch möglichst unvermittelte Zugänge zu politischen Entscheidungsprozessen zu ersetzen gilt. Dem stellt sich Marina Martinez Mateo mit ihrer systematischen Studie zu politischer Repräsentation dezidiert entgegen: Gerade weil jeder Versuch einer Überwindung von Repräsentation scheitern muss, weil er notwendig neue Formen der Repräsentation produzieren wird (eine Prämisse, die gegen Ende des Buches anhand einer überzeugenden Kritik an Rousseau nachdrücklich vorgeführt wird), liegt die Aufgabe einer produktiven Kritik von Repräsentation darin, diese ästhetisch auszustellen, um sie dadurch *als* Repräsentation politisierbar zu machen.

Ausgehend von der Dissertationsschrift, die Martinez Mateo 2016 in Frankfurt eingereicht hatte, werden die Herausforderungen einer Aktualisierung des politischen Repräsentationsbegriffs anhand von sieben Lektüren klassischer Autoren der politischen Philosophie diskutiert. Dabei wird deutlich, dass es trotz der prinzipiellen Unumgänglichkeit von Repräsentation an deren beständiger Kritik festzuhalten gilt. Martinez Mateo legt in beeindruckender Klarheit offen, dass sich Repräsentation – als dasjenige Band zwischen Gesellschaft und Staat, das alleine Volkssouveränität begründen und erhalten kann – jenseits der Frage nach ihrer konkreten institutionellen Gestaltung in ein unüberwindbares Paradox verwickelt. Dieses Paradox lässt sich von zwei Seiten her entfalten: Sofern davon ausgegangen wird, dass Repräsentation auf der (1.) *Formierung* einer staatlichen Ordnung aus einem vorher unbestimmten Volkskörper gründet, bleibt unklar, inwiefern ein solcher Staat an dieses Volk gebunden bleiben und sich einem Abgleiten ins Despotische

erwehren kann. Wenn umgekehrt von einer Gesellschaft ausgegangen wird, die nicht deshalb auf Repräsentation verwiesen ist, weil sie erst geeint werden müsste, sondern weil sie der staatlichen (2.) *Abbildung* bedarf, um ihre Pluralität zu wahren, bleibt desartikulierte, dass auch ein zurückhaltender Staat immer wieder formierend in die Gesellschaft eingreifen muss. Einzig indem er sich aktiv von der Gesellschaft unterscheidet, kann er sich als Staat erhalten. Dementsprechend hält Martinez Mateo fest, dass es „[e]ine bruchlose Abbildung, eine exakte Wiederholung, [...] nicht geben [kann] – und wenn doch, so wäre sie im besten Fall überflüssig, im schlimmsten Fall eine Verfälschung des Originals“ (21). Während Repräsentation als reine Formierung vergisst, dass der Staat seinen Anspruch auf Volkssouveränität nur einholen kann, sofern er dieses Volk auch in irgendeiner Weise abbildet, verdrängt ein Staat, dessen Repräsentation alleine auf Abbildung gründet, dass diese nur gelingen kann, solange er immer wieder formierend in die Gesellschaft – als Gegenstand seiner Abbildung – eingreift. Es wird deutlich, dass Repräsentation als Formierung nicht sehen kann, dass sie immer auch Abbildung sein muss, während Repräsentation als Abbildung ihre formierende Aktivität ausblendet. Diese grundlegende Ausgangsthese holt Martinez Mateo systematisch ein, indem sie in einem ersten Kapitel Hobbes und Schmitt als Vertreter der Formierungsrepräsentation diskutiert. Darauf folgt ein zweites Kapitel zu Repräsentation als Abbildung, in dessen Mittelpunkt neben Burke als Kritiker der französischen Revolution, Madison und Mill als Vertreter eines liberal-demokratischen Repräsentationsverständnisses stehen.

In ihrer Studie des Hobbes'schen Repräsentationsverständnisses vollzieht Martinez Mateo nach, warum staatliche Repräsentation als Formierung nicht nur daran scheitert, den Anspruch der Volkssouveränität einzuholen, zu deren Bildung sie eingesetzt wurde, sondern darüber hinaus kein Subjekt des Widerstands denken kann. Dies liegt nicht daran, dass es ein solches Subjekt im Hobbes'schen Staat nicht gäbe, sondern an dessen ausschließlicher Fokussierung auf die Formierung von Souveränität aus einem unbestimmten Volk heraus. Es ist diese Einseitigkeit Hobbes', die ihm den Blick auf die gleichzeitige Notwendigkeit einer repräsentativen Abbildung ebendieses Volkes verstellt. Demgegenüber zeigt Martinez Mateo auf, dass in einem unterworfenen Volk, dem eine Repräsentation als Abbildung verwehrt bleibt, unweigerlich eine Menge entsteht, die sich in aufständischer Absicht gegen den nur formiert-repräsentativen Staat zu wenden droht. Pointiert ausgedrückt resultiert daraus, dass „Hobbes' Versuch einer Formierung des souveränen Volkes letztlich nur eine Form hervorzubringen vermag, die immer schon in Auflö-

sung begriffen ist“ (50). Diese Einsicht spitzt sich in der Souveränitätstheorie Schmitts zu: Ganz im Sinne Hobbes' gründet dessen Unterscheidung in konstituierende und konstituierte Gewalt auf der Idee einer Formierung von Staatlichkeit aus einem unbestimmten, formlosen Volk heraus. Repräsentation wird sodann als „übergeordnete[r] Begriff [eingesetzt], der die formlose und die formierte Seite zusammenhält“ (114). Denn im Unterschied zu Hobbes stellt Schmitt deutlich heraus, dass dieser unbestimmte, formlose (Ab-)Grund des Volkes nach der einmal vollbrachten Formierung von Staatlichkeit nicht einfach verschwindet, sondern weiter existiert und den formierten Staat dabei fortwährend bedroht.

Die Menge Hobbes' wird hier gewissermaßen transformiert: Sie soll durch den Staat nicht mehr überwunden, sondern im Staat verwirklicht werden und dabei dennoch Menge bleiben, und zwar sowohl negativ: als unbestimmbare Transzendenz im Staat, wie auch positiv: als tatsächlich öffentlich anwesende Vielheit. (123)

Doch Schmitts Antwort auf die explizit herausgestellte Gefahr, die vom nicht-repräsentierbaren Rest des Volkes ausgeht, bleibt ihrerseits mehr als unbefriedigend. Dies liegt nicht nur an der überaus problematischen Rolle, die Schmitt dem Führer zuspricht, welcher die anfänglich noch gepriesene, „öffentlich, anwesende Vielheit“ in letzter Konsequenz nur unterdrücken kann. Es zeigt sich überraschenderweise bereits in Schmitts frühen Schriften zur Religion, die Martinez Mateo so auslegt, dass sie eine unerwartete Brisanz für dessen politischen Repräsentationsbegriff entwickeln: Sofern die Kraft des formlosen Volkes analog zu Schmitts Konzeptualisierung des theologischen Kerns des Katholizismus gelesen wird, den die Institution der Kirche nicht einfach nur wiedergibt, sondern in der sich dieser erst wahrlich verwirklichen kann, geht die Radikalität des vermeintlich so unbestimmten Volkes verlustig. Erst einmal von Martinez Mateo ins Licht seiner theologischen Schriften gerückt, verflüchtigt sich Schmitts theoretische Agitation leiser als erwartet in einer vorschnellen Versöhnung der Formlosigkeit des Volkes mit der staatlichen Form, die es konstituiert.

Den dieser Argumentation gegenübergestellten Eingang ins Paradox der Repräsentation, der sich durch die Frage nach der Abbildbarkeit von Gesellschaft eröffnet, bespricht Martinez Mateo in einem ersten Schritt mit Blick auf Burke. Dieser geht im Unterschied zu Hobbes und Schmitt davon aus, dass Gesellschaften über ein bestimmtes und eigenständiges Dasein verfügen, das auch jenseits staatlicher Repräsentation zur Darstellung kommt. Damit verschiebt sich die Rolle der Repräsentation: Anstelle der Bestimmung eines formlosen Volkes kommt ihr die Aufgabe der transformativen Hervorbrin-

gung einer neuen Gesellschaft aus einer alten zu. Die so gewonnene, gestalterische „Autonomie der Repräsentation“ ist jedoch keineswegs „vollständig frei, sondern bleibt an das Postulat der Ähnlichkeit gebunden“ (MM 169). Sie kann den Anspruch der Repräsentation demnach nur glaubhaft erheben, sofern sie sich als Abbild der konkret gegebenen Gesellschaft versteht, die sie zu repräsentieren behauptet. Gleichzeitig muss sie den Abstand zwischen Gesellschaft und Staat wahren. Denn eine Gesellschaft bleibt für Burke nur so lange politisch gestaltbar, wie sie trotz ihrer Ähnlichkeit nicht mit ihrer politischen Repräsentation in eins fällt. Aus diesem Grund plädiert er für die Aufrechterhaltung einer Virtualität der Repräsentation, die alleine die prinzipielle Offenheit der Gesellschaft garantieren kann. Wie Martinez Mateo überzeugend aufzeigt, kann erst die politische Performierung dieser virtuellen Lücke zwischen Gesellschaft und ihrer staatlichen Abbildung in der Repräsentation die Möglichkeit demokratischer Transformation eröffnen.

Das Gesellschaftsverständnis, das Burkes Überlegungen zu Grunde liegt, führt Martinez Mateo im Rückgriff auf die federalistische Position von Madison sowie auf Mill weiter: Gerade weil die Gesellschaft weder formlos, noch unbestimmt ist, sondern sich ganz im Gegenteil durch eine gefährliche Tendenz hin zu Monopolbildungen und der sozialen Dominanz einzelner Gruppen auszeichnet, gilt es ihre Pluralität politisch aufrecht zu erhalten. Dafür braucht es einen repräsentativen Staat, der die „Sphäre [der] freien Aktivität von Einzelnen“ (202) überhaupt erst herstellen und garantieren kann. Denn aus liberaler Warte beginnt „Politik [...] dort, wo eingesehen wird, dass eine sich selbst überlassene freie Gesellschaft zu einer gefährlichen Homogenität neigt, in der sie ihre Freiheit immer wieder zu verlieren droht“ (208). In der Folge sieht sich der Staat mit der paradoxen Aufgabe konfrontiert, gleichermaßen eigenständig zu sein und doch untrennbar mit der Gesellschaft verbunden zu bleiben, die er repräsentiert (vgl. 206). Die konsequente Zuspitzung dieser paradoxen Aufgabe zeigt allerdings auch, dass Repräsentation als Abbildung in ihrer indirekten Selbstabschaffung münden muss. Denn das implizite Telos einer liberalen Politik liegt in der Herausbildung eines Volkes, „das gebildet, aktiv und vernünftig genug ist, um frei sein zu können und den Staat abzuwerfen“. Dazu bedarf es jedoch erst einer „Regierung, die Freiheit fördert und Bildung steigert“ (207). Um seinen abbildenden Anspruch realisieren zu können, muss der liberale Staat die Gesellschaft demnach soweit aktiv formieren, bis sie sich seiner wird entledigen können.

Besondere Fahrt nimmt die Studie auf, wenn Martinez Mateo diesen Gedanken radikalisiert und daraus eine anschauliche Liberalismuskritik ablei-

tet. Wo die Dramaturgie des Textes bis dahin ahnen ließ, dass ein liberal-demokratischer Versuch folgen könnte, mittels der Affirmation von politischer Fallibilität und deren Institutionalisierung in Form von Wahlprozessen auf das Paradox der Repräsentation zu antworten, zeigt Martinez Mateo in beispielhafter Deutlichkeit auf, inwiefern selbst der liberal-demokratische Staat an der unmöglichen Gleichzeitigkeit von Abbildung und Formierung scheitern muss:

Es kann nicht ausreichen, die liberalen Institutionen politischer Repräsentation dafür zu affirmieren, dass sie einen Raum der Pluralität und Deliberation eröffnen, in dem eine gesellschaftliche Faktizität in einen politischen Freiheitsraum transformiert wird. Denn in dieser Behauptung der Öffnung ist bereits die Schließung der Institution zu etwas, das sich als Rahmen nicht in Frage stellen lässt, enthalten. (303)

In Folge dieser durchweg überzeugenden Fundamentalkritik am liberal-demokratischen Repräsentationsverständnis wendet sich die Autorin von der Frage der Staatlichkeit ab und der Frage der Möglichkeit von Repräsentationskritik zu: Weil offenkundig kein Staat den von Schmitt herausgestellten „Teil konstituierender Kraft, der sich nicht harmonisieren lässt, sondern mit allen Formen, die er bildet, uneins bleibt und ihnen widerstrebt“ (296) angemessen konzeptualisieren und als tatsächlich transformative Kraft in sich affirmieren kann, bleibt eine beharrliche Kritik die scheinbar einzige Perspektive auf einen emanzipativen Umgang mit dem beschriebenen Paradox. So folgerichtig und begrifflich einleuchtend die vorgetragene Liberalismuskritik ist, der Schritt von der Frage nach dem gelingend repräsentierenden Staat zur Frage nach der gelingenden Repräsentationskritik vollzieht sich etwas geschwind. Denn was aus dieser Verschiebung des Untersuchungsobjekts zu resultieren droht, ist ein implizites Einvernehmen mit Schmitt, dessen Theorie in eine nicht weiter ausdifferenzierte Aporie repräsentativer Staatlichkeit mündet (vgl. 128). Sofern davon ausgegangen wird, dass Staaten so oder so am Paradox der Repräsentation scheitern, tritt die Frage in den Hintergrund, wie sie daran scheitern. Dies ist aber nicht nur für die Einzelne von nicht geringer Bedeutung – es macht einen signifikanten Unterschied, ob sie einer staatlichen Ordnung unterstellt ist, die in autoritär-hobbes'scher oder in liberal-mill'scher Weise am Paradox der Repräsentation scheitert – es betrifft auch die Konditionen der Möglichkeit von kritischer Repräsentationspraktiken jenseits staatlicher Politik. So liegt die Gefahr einer vorschnellen Abwendung von der Frage nach gelingender staatlicher Repräsentation in ihrer impliziten Entkoppelung von der Ermöglichung gelingender Repräsentationspolitiken jenseits des Staates.

Auf die Möglichkeit einer Repräsentationskritik und -politik jenseits staatlicher Strukturen steigt Martinez Mateo in Auseinandersetzung mit Rousseau ein. Nach einer ausführlichen Rekapitulation der Ausgangsthese – „[d]ie absolute Repräsentation Hobbes' [...] endet in derselben Negation von Repräsentation wie deren Ablehnung durch Rousseau“ (19) – überzeugt Martinez Mateo mit einer unnachgiebigen Dekonstruktion von Rousseaus politischer Theaterkritik. Darin illustriert sie nicht nur, wie sich dessen akribische Trennung von ästhetischem Schein und sozialem Sein in Widersprüche verwickeln muss; sie zeigt auch auf, dass ein von Rousseau inspiriertes Repräsentationsdenken letzten Endes nur zu einem schlechten Konservatismus führen kann. Um dieses Problem zu überwinden und das paradoxe Ungenügen von Repräsentation als solches auszustellen, wendet sich Martinez Mateo an Rancière. In dieser siebten und letzten Autorenlektüre tritt ein ästhetisches Repräsentationsverständnis als Abbildung in den Vordergrund, das es im Unterschied zu Rousseau vermag, das Unvermögen der Repräsentation zu affirmieren, indem das Verhältnis von Staat und Gesellschaft – dem Formierungsgedanken entsprechend – denaturalisiert wird: „Das ästhetische Regime behauptet [...] die Formierung in der Abbildung, affirmiert sie und lässt sie hervortreten“ (286). Dieser begrifflichen Einsicht entsprechend wird der Fokus auf ästhetische Repräsentationspraktiken gelenkt, die ihre eigenen Regeln fortwährend unterwandern und überschreiten. Erst eine solche, fortwährende Offenhaltung und Infragestellung kann ein Gelingen im notwendigen Scheitern der Repräsentation ermöglichen (vgl. 285).

Nichtsdestotrotz bleibt Martinez Mateo ihrem ästhetischen Gewährsmann Rancière gegenüber kritisch eingestellt und geht dessen radikaler Rhetorik nicht (ganz) auf den Leim: Schließlich bleibt die „Verbindung von beiden Schritten – d.h. von einem negativistischen, fundamental kritischen, Politikbegriff und einer positiven, lediglich affirmativen Identitäts- und Repräsentationspolitik – [...] innerhalb der Rancièr'schen Konstruktion unklar“ (293). Diese Kritik an der charakteristischen Unterbestimmung repräsentationskritischer Praktiken bei Rancière hätte, trotz der wichtigen Impulse, die zweifelsohne von ihm ausgehen und sein Werk zur Pflichtlektüre einer jeden kritischen Repräsentationstheoretikerin machen, noch etwas deutlicher ausfallen dürfen. Denn am Beispiel Rancièr's zeigt sich, dass sich ein ästhetisch konzipierter Repräsentationsbegriff, der sich in emanzipativer Hinsicht von Repräsentation innerhalb staatlicher Strukturen abzugrenzen sucht, mit problematischen Implikationen konfrontiert sieht, auf die Martinez Mateo gegen Ende ihrer Studie nicht mehr eigens eingeht. So ist es ein offenes Problem Ranci-

ères, dass er die sozialen und staatlichen (oder wie es bei ihm heißen würde: polizeilichen) Voraussetzungen für die kritischen Repräsentationspolitiken, die er ebenso salbungsvoll wie kryptisch andeutet, an keiner Stelle einer systematischen Auseinandersetzung würdigt. Diese Unterbestimmung, die implizit durch die „Unvorhersehbarkeit“ (312) ästhetischer Politiken begründet wird, resultiert notwendigerweise in Voluntarismus. Schließlich liegt die Konsequenz einer solchen Argumentation darin, dass sämtliche – und wie sich gezeigt hat, durchaus voraussetzungsvolle – Verantwortung im Umgang mit dem herausgestellten Repräsentationsparadox einem politischen Subjekt *ex nihilo* anvertraut wird. Wenn Martinez Mateo einerseits in der Annahme gefolgt werden darf, dass der „Teil konstituierender Kraft, der sich nicht harmonisieren lässt, sondern mit allen Formen, die [er] bildet, uneins bleibt und ihnen widerstrebt, [...] das politische Subjekt [ist], [...] das wir suchen“ (296) und andererseits davon ausgegangen werden muss, dass sich aus dieser Kraft nichts ableiten lässt, „kein normatives Prinzip und keine Qualität“ (294), bleibt offen, warum sich diese unbestimmte Kraft politischer Subjektivität tatsächlich gegen das Scheitern staatlicher Repräsentation wenden soll, und nicht in einen sinnlosen Krieg unterschiedlicher politischer Subjekte untereinander ausartet. Der Logik der Argumentation folgend, können sich Politiken der Repräsentation nicht nur in emanzipativer Absicht gegen staatliche Unterdrückung richten, sondern zeichnen sich viel grundsätzlicher durch ein völlig ungerichtetes, ja womöglich gar regressives Potential aus, das Martinez Mateo auf begrifflicher Ebene in aller Deutlichkeit herausstellt (vgl. 294), dessen praktische Konsequenzen für eine ihrem Anspruch nach emanzipative Repräsentationspolitik jedoch diffus bleiben. So kommt das politische Subjekt, das hier gesucht wird, nur auf einigermaßen wackligen Beinen zum Stehen.

Damit ist im Wesentlichen nur das bereits erwähnte Problem eines etwas schnellen Wechsels des Erkenntnisinteresses von repräsentativer Staatlichkeit hin zu Praktiken der Repräsentationskritik reformuliert: Es bleibt einigermaßen schemenhaft, wo ein politisches Subjekt dieser Art herkommen soll, und ob es tatsächlich entkoppelt von gegebenen sozialen und staatlichen Repräsentationsmechanismen gedacht werden kann. Schließlich sind auch die erwähnten Praktiken ästhetischer Regelbrüche, die wir aus der Kunst kennen, keinesfalls voraussetzungslos. Wie schon ein kurzer Blick auf die soziale Struktur einer durchschnittlichen Vernissage-Feier zeigt, sind ästhetische Praktiken des spielerischen Infragestellens sozialer Normen und Repräsentationsformen noch immer das ökonomische und habituelle Privileg einiger weniger. Es stellt sich also die Frage, mit welchen sozialen und wirtschaftli-

chen Anteilen der eigentlich überzeugende Apell, die Offenheit ästhetischer Repräsentationspraktiken ins Politische zu tragen, verbunden werden müsste. Da bei Rancière unklar bleibt, wie eine solche Verbindung staatlicher Repräsentation mit außerstaatlichen Repräsentationspolitiken über seine radikal-emanzipative Rhetorik hinaus geleistet werden soll, wäre es begrüßenswert gewesen, an dieser Stelle etwas weniger Rekonstruktion und etwas mehr eigenständige Weiterführung seitens der Autorin lesen zu dürfen. Es bleibt offen, ob Martinez Mateo diese nicht unproblematischen Prämissen Rancières teilt oder ob sie eine ausführlichere Kritik für die – hoffentlich anstehende – Weiterführung ihrer anregenden Schlussgedanken aufgehoben hat.

Marina Martinez Mateos *Politik der Repräsentation* schließt mit einigen praktischen Beispielen. Neben Sartre-Parteien und der Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien werden auch Maskierungspraktiken im Kontext von *Occupy* als gelingende Repräsentationspolitiken diskutiert. Diese Beispiele runden die begriffliche Studie nicht nur auf zugängliche Weise empirisch ab; sie zeigen darüber hinaus an, wie die vorgelegte Argumentation so auf den Punkt gebracht werden kann, dass sie sich in konstruktiver Absicht auf die anfänglich erwähnten, undifferenzierten Repräsentationskritiken anwenden lässt. Besonders hervorzuheben sind ferner die zahlreichen einleitenden und ausleitenden Zusammenfassungen, die sich durch das gesamte Buch ziehen. Wo sich diese bei einer Cover-to-Cover-Lektüre teilweise wiederholen, sind sie gerade für eine Lektüre von Auszügen überaus hilfreich, weil sie die jeweiligen Close-Readings so ins Gesamtprojekt einbetten, dass die Leserin stets weiß, an welchem Punkt der Argumentation sie sich gerade befindet. Ganz in diesem Sinne liegt die herausragende Stärke der vorliegenden Studie darin, dass sie gleichermaßen in der Gesamtheit ihrer radikal-stringenten Grundthese gelesen werden kann wie als Sammlung von sieben kritischen Lektüren zentraler Autoren der politischen Ideengeschichte.

Politik der Repräsentation sei – neben Studierenden und Dozierenden sowie Politikerinnen und Politikern, wie es auf dem Cover heißt – all jenen wärmstens ans Herz gelegt, die sich für eine systematische Auseinandersetzung mit dem verzwickten Verhältnis von Gesellschaft und Staat interessieren und sich weder mit seichten Versöhnungsversuchen, noch mit Apologien von Repräsentationssystemen unterschiedlicher politischer Couleur zufrieden geben. Es ist exzellent bedient, wer sich auf eine ebenso eigenständige wie gründliche Nachzeichnung der begrifflichen Repräsentationskritik einlassen und deren Schwierigkeiten in allen Schlaglichtern der politischen Philosophie beleuchtet sehen will. Indem Martinez Mateo die knifflige Frage nach gelingender Reprä-

sensation, der sich jede ernst zu nehmende Staatstheorie stellen muss, in den Mittelpunkt ihrer Auseinandersetzung stellt, leistet sie nicht nur einen wegweisenden Beitrag zur Aktualisierung einer politischen Philosophie mit dezidiert kritischem Anspruch. Sie bietet darüber hinaus erhellende Anknüpfungspunkte für eine differenzierte Verteidigung von Repräsentation, wie sie im gegenwärtigen politischen Klima dringend gefordert ist.